

# Preußische Gesetzsammlung

Jahrgang 1914

Nr. 32.

Inhalt: Erlaß des Staatsministeriums, betreffend Anwendung des vereinfachten Enteignungsverfahrens bei dem Bau der Hoch- und Untergrundbahn Berlin-Neukölln, S. 175. — Erlaß des Staatsministeriums, betreffend Anwendung des vereinfachten Enteignungsverfahrens auf Chausseebauunternehmungen im Kreise Niederbarnim, S. 176.

(Nr. 11384.) Erlaß des Staatsministeriums, betreffend Anwendung des vereinfachten Enteignungsverfahrens bei dem Bau der Hoch- und Untergrundbahn Berlin-Neukölln. Vom 23. November 1914.

Auf Grund des § 1 der Allerhöchsten Verordnung, betreffend ein vereinfachtes Enteignungsverfahren zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen, vom 11. September 1914 (Gesetzsamml. S. 159) wird bestimmt, daß das vereinfachte Enteignungsverfahren nach den Vorschriften der Verordnung bei dem Bau der unterm 4. Juni 1914 genehmigten Hoch- und Untergrundbahn von der Ecke der Christiania- und Schwedenstraße in Berlin bis ungefähr zur Ecke des Kottbusser Damms und der Weserstraße in Neukölln, zu deren Ausführung der A. C. G.-Schnellbahn-Aktiengesellschaft in Berlin das Recht zur Entziehung und zur dauernden Beschränkung des Grundeigentums durch Allerhöchsten Erlaß vom 13. April 1914 verliehen worden ist, Anwendung findet.

Berlin, den 23. November 1914.

Das Staatsministerium.

Delbrück. Beseler. v. Breitenbach. Sydow. v. Trott zu Solz.  
Venze. v. Loebell. Kühn.

(Nr. 11385.) Erlaß des Staatsministeriums, betreffend Anwendung des vereinfachten Enteignungsverfahrens auf Chausseebauunternehmungen im Kreise Niederbarnim.  
Vom 25. November 1914.

**A**uf Grund des § 1 der Allerhöchsten Verordnung, betreffend ein vereinfachtes Enteignungsverfahren zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen, vom 11. September 1914 (Gesetzsamml. S. 159) wird bestimmt, daß das vereinfachte Enteignungsverfahren nach den Vorschriften der Allerhöchsten Verordnung bei den vom Kreise Niederbarnim, Regierungsbezirk Potsdam, auszuführenden, durch diesseitigen Erlaß vom 21. November d. J. mit dem Enteignungsrecht ausgestatteten Chausseebauunternehmungen, nämlich dem Ausbau der Strecken

- a) von Friedrichsfelde nach Dahlwitz,
- b) von Groß Schönebeck nach Groß Dölln,
- c) von Summt nach Lehniß,
- d) von Herzfelde einerseits und Kagel anderseits zur Kreischaussee Erkner-Neu Hartmannsdorf,
- e) von Züblsdorf nach Wandlitz,
- f) von Germendorf bis zur Kreisgrenze in der Richtung auf Hohenbruch und von der Kreisgrenze aus der Richtung von Hohenbruch nach Massenheide

stattfindet.

Berlin, den 25. November 1914.

Königliches Staatsministerium.

Delbrück. Beseler. v. Breitenbach. Sydow. v. Trott zu Solz.

Frhr. v. Schorlemer. Lenze. v. Loebell. Rühn.